

---

## Protokoll des Jugendhilfeausschusses vom 26.09.2025

Vorsitz: Larissa Krümpfer

Ort: Kwadrat

Zeit: 15:30 Uhr bis 16:42 Uhr

Protokoll: Nicole Weiß und Melisa Marx

Stimmberechtigte Teilnehmende:

### Mitglied

### Stellv. Mitglied

Tek, Hetav	<input checked="" type="checkbox"/>	Kaya, Yunas	<input type="checkbox"/>
Zeimke, Simon	<input type="checkbox"/>	Averwenser, Yvonne	<input checked="" type="checkbox"/>
Tunc, Eyfer	<input checked="" type="checkbox"/>	Eckardt, Kerstin	<input type="checkbox"/>
Arpaz, Selin	<input checked="" type="checkbox"/>	Bries, Falko	<input type="checkbox"/>
Kähler, Katharina	<input checked="" type="checkbox"/>	Tuchel, Valentina	<input type="checkbox"/>
Kretschmann, Heike	<input checked="" type="checkbox"/>	Yildiz, Medine	<input type="checkbox"/>
Görgü-Philipp, Sahhanim	<input checked="" type="checkbox"/>	Dr. Tell, Franziska	<input type="checkbox"/>
Hassanpour, Dariush	<input checked="" type="checkbox"/>	Tuncel, Cindi	<input type="checkbox"/>
Ziegler, Gerd	<input checked="" type="checkbox"/>	Bohlmann, Jasmin	<input type="checkbox"/>
Krümpfer, Larissa	<input type="checkbox"/>	Kastens, Christina	<input checked="" type="checkbox"/>
<del>Harjes, Sandra</del>	<input type="checkbox"/>	<del>Beckmann-Stütz, Sabrina</del>	<input type="checkbox"/>
<del>Goldschmidt, Nikolai</del>	<input type="checkbox"/>	<del>Westkämper, Antalia</del>	<input type="checkbox"/>
Edwards, Linus	<input checked="" type="checkbox"/>	Büttgen, Anke	<input type="checkbox"/>
Poniewas, Yves	<input checked="" type="checkbox"/>	Geupel, Gesine	<input type="checkbox"/>

## Tagesordnungspunkt 1

### **Genehmigung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird genehmigt.

## Tagesordnungspunkt 2

### **Anregungen und Wünsche junger Menschen - Aktuelles**

Märthe Stamer berichtet zum aktuellen Sachstand des Trägers Petri und Eichen. Der Träger „Verbund für Kinder-, Jugend- und Soziale Hilfen“ (KJSH) steigt zum 01.10.2025 in die Trägerschaft ein. Der Bereich der Hilfen zur Erziehung wird übernommen, der Bereich der Kinder- und Jugendförderung wird zum 31.12.2025 geschlossen. Zeitnahe Ausschreibungen in den jeweiligen Stadtteilen für die einzelnen Angebote werden aktuell geprüft und angestoßen.

Für die Kindertageseinrichtungen ergänzt Hanna Hußmann-Kenfack, dass nach aktuellem Kenntnisstand eine Einrichtung vom Sozialwerk der Freien Christengemeinde e. V. übernommen werden soll. Für die drei weiteren Einrichtungen konnte kein Träger gefunden werden, was dazu führte, dass die Mitarbeitenden durch ihren Arbeitgeber Petri und Eichen zunächst über eine Schließung zum 31.10.2025 informiert wurden. Durch sofortige Intervention der Senatorin für Kinder und Bildung wurde der Betrieb der Einrichtungen bis zum 31.12.2025 sichergestellt und die Mitarbeiterschaft informiert. Die Mitarbeitenden werden zunächst Kündigungen zum 31.12.2025 erhalten. Aktuell wird die Übernahme mit dem städtischen Träger KiTa Bremen zum 01.01.2026 geprüft und erarbeitet.

Das Gremium bedankt sich für die Informationen und lobt das schnelle Agieren der Verwaltung.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Märthe Stamer, Hanna Hußmann-Kenfack, Katharina Kähler, Hetav Tek, Heike Kretschmann

## Tagesordnungspunkt 3

### **Genehmigung des Protokolls der Sondersitzung vom 03.07.2025**

Das Protokoll aus der Sitzung vom 03.07.2025 wird genehmigt.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Beschluss:

Zustimmung: 12

Gegenstimmen: 0

**Genehmigung des Protokolls der Sondersitzung vom 03.07.2025**

Enthaltungen: 0

**Tagesordnungspunkt 4**

**Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 28.08.2025**

Hetav Tek bitte um Ergänzung der inhaltlichen Erläuterung von Märthe Stamer zu TOP 5:

Das Protokoll wird entsprechend um folgenden Textbaustein ergänzt:

Märthe Stamer stellt klar, dass die Einrichtungsstandards sich auf institutionell geförderte Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit beziehen. Daneben werden weiterhin auch Angebote im Rahmen einer Projektförderung förderfähig sein. Sie verweist insbesondere auf die Beschlussvorlage: „Neben den erarbeiteten Einrichtungsstandards, die Richtwerte für die Förderung, Ausstattung und Aufgabenwahrnehmung der institutionell geförderten Orte der OKJA festlegen, stellen Jugendclubs (die bspw. vorrangig im Modus der Selbstöffnung und –organisation betrieben werden), Projekt- und Gruppenangebote oder Veranstaltungen und Ferienprogramme weiterhin Teile der Angebotslandschaft der OKJA dar. Diese fallen dabei nicht unter die definierten Einrichtungsstandards, was ihnen die notwendige Freiheit in der Ausgestaltung dieser Angebote bietet. Diese weniger reglementierten Angebote stellen neben den Einrichtungen der OKJA einen wichtigen Aspekt der Gesamtlandschaft der Bremer OKJA dar.“

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Hetav Tek

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 28.08.2025 genehmigt.

Zustimmung: 12

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

**Tagesordnungspunkt 5**

**Bericht zum Akti(F) Plus – Vorhaben “Bremer Stadtteileltern“**

Leoni Beckmann de Gonzalez führt in die Vorlage anhand einer Präsentation ein.

Auf Nachfragen berichtet sie, dass die Stadtteileltern intensiv vom paritätischen Bildungswerk begleitet werden, zudem unterstützen und beraten die pädagogischen Fachkräfte und die Fachkoordination vor Ort. Die Stadtteileltern haben bisher alle sehr viel Freude an ihrer Aufgabe und würden gerne die gesamte Laufzeit arbeiten. Die Stellen sind jedoch bewusst für 1,5 Jahre befristet, um einen Drehtüreffekt bei Projektende zu verhindern, sondern den Mitarbeitenden vielmehr langfristig Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Aktuell sei man in einem sehr guten und engen Austausch mit dem Jobcenter, was Qualifizierungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten betrifft.

### **Bericht zum Akti(F) Plus – Vorhaben “Bremer Stadtteileltern“**

Für die kommende Ausschreibung im Frühjahr 2026 werde man noch einmal überlegen, wie man männliche Stadtteileltern motivieren könne.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Leoni Beckmann de Gonzalez, Hetav Tek, Yvonne Averwenser, Selin Arpaz, Sahhanim Görgü-Philipp

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadtgemeinde Bremen nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Zustimmung: 0

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

### **Tagesordnungspunkt 6**

#### **Anpassung der Förderpauschalen für richtlinienfinanzierte Träger zur Umsetzung von Tarifentwicklung und Beitragserhöhung 2025 sowie Förderfähigkeit von Ersatzinvestitionen**

René Plonka führt in die Vorlage ein.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die vorgelegte Senatsvorlage sowie den Entwurf für eine Änderung der „Richtlinie zur Förderung von Tageseinrichtungen gemeinnütziger Elternvereine und sonstiger anerkannter, in der Gruppenarbeit mit Kindern erfahrener, gemeinnütziger Träger in der Stadtgemeinde Bremen“ vom 4. Dezember 2019 (Brem.ABl. 2020 S. 64), zuletzt geändert am 10. Dezember 2025 (Brem.ABl. 2025, S. 24) samt Anlagen mit Wirkung ab dem 01. April 2025 bzw. 01. August 2025 zur Kenntnis und stimmt der entsprechenden Umsetzung zu, mit dem Ziel die Tarifentwicklung für richtlinienfinanzierte Kindertageseinrichtungen in der Stadtgemeinde Bremen nachzuvollziehen.

Zustimmung: 12

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

### **Tagesordnungspunkt 7**

#### **Ablaufplan zur Vorbereitung auf das Kindergartenjahr 2026/27**

Marleen Pauluhn führt in die Vorlage ein.

### **Ablaufplan zur Vorbereitung auf das Kindergartenjahr 2026/27**

Auf Nachfrage wird erläutert, dass, sobald die Zusagen von den Ganztagschulen versendet werden, in der Regel ein Datenabgleich mit den Horten erfolgt, damit es nicht zu Doppelanmeldungen kommt.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Marleen Pauluhn, Eyfer Tunc

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

### **Tagesordnungspunkt 8**

#### **Siebtes Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die Beiträge für die Kindergärten und Horte in der Stadtgemeinde Bremen- Zusatzbeiträge für ein Frühstücksangebot**

Hanna Hußmann-Kenfack führt in die Vorlage ein. Es sind drei zum Teil sehr umfassende und insgesamt ablehnende Stellungnahmen von Trägern bei der Senatorin für Kinder und Bildung eingegangen. Um eine zügige Umsetzung zu ermöglichen, wurde der Zeitplan für Gremienlauf und Beteiligungsverfahren sehr eng geplant; die Stellungnahmen gingen bei SKB noch am Tag vor der Sitzung ein. Die Stellungnahmen werden ernst genommen und bedürfen einer genauen Prüfung und auch einer schriftlichen Würdigung in der Vorlage. Es gibt auch die dringende Erwartung auf diese Regelung warten. Es wird daher vorgeschlagen, sich zunächst mit den Trägerbedenken auseinanderzusetzen und im November eine aktualisierte Vorlage einzubringen. Hierbei wird darauf hingewiesen, dass die Deputation für Kinder und Bildung am 18.11.2025 stattfindet und somit vor dem Jugendhilfeausschuss am 20.11.2025 erreicht werden muss.

Christina Kastens unterstützt diesen Vorschlag. Im Rahmen der Diskussion in der AG gem. § 78 SGB VIII Kindertagesbetreuung wurde der Verwaltungsaufwand und die damit verbundene Verantwortung für die Träger unterschätzt. Grundsätzlich freuen sich die Träger über die Möglichkeit einer rechtskonformen Umsetzung, jedoch müssten die beschriebenen Rahmenbedingungen für die Umsetzung noch einmal diskutiert und angepasst werden.

Die weiteren Redebeiträge unterstützen diesen Vorschlag.

Auf Nachfrage erläutert Hanna Hußmann-Kenfack, dass in den Zusatzbeiträgen sowohl der Personal- als auch der Sachaufwand inkludiert ist.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Hanna Hußmann-Kenfack, Christina Kastens, Heike Kretschmann, Steffi Lehmann, Yvonne A-werverser

Die Beschlussfassung wird auf die Novembersitzung geschoben.

## Tagesordnungspunkt 9

### **Ausbildungsfonds zur Förderung des Berufsanererkennungsjahres von Sozialarbeiter:innen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit 2026**

Märthe Stamer führt in die Vorlage ein.

Hetav Tek erinnert an die Diskussion aus dem letzten Ausschuss mit der Frage, inwieweit methodisch die Erfassung der Gründe, warum jemand nicht im Arbeitsfeld verbleibt, aufgenommen werden kann.

Felix Seidel berichtet, dass die AG gem. § 78 SGB VIII Kinder- und Jugendförderung sich dem Thema bereits angenommen hat und die Erörterung zu einer zielgerichteteren Auswertung entsprechend der Datenschutzbestimmungen begonnen hat und weitergeführt wird.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Märthe Stamer, Hetav Tek, Felix Seidel

#### Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

## Tagesordnungspunkt 10

### **Mittelverteilung für die stadtteilbezogene Offene Kinder- und Jugendarbeit sowie des Integrationsbudgets in der Stadtgemeinde Bremen für das Haushaltsjahr 2026**

Märthe Stamer führt in die Vorlage ein.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion wird von Seiten der Trägervertretungen vermittelt, dass das Arbeitsfeld unterzeichnet sei und die angedachten Mittel nicht ausreichen werden. Es besteht die große Sorge, dass Einrichtungen bereits schließen müssen, bevor der Prozess der Umsetzung der Einrichtungsstandards begonnen habe. Gerd Ziegler ergänzt, dass die grundsätzliche Aufteilung nachvollziehbar ist, aber das Gesamtbudget als nicht auskömmlich für alle Stadtteile gesehen wird.

Dariush Hassanpour appelliert an die Delegierten sich im Rahmen der Haushaltsverhandlungen für ein auskömmliches Budget einzusetzen.

Auf Nachfrage erläutert Märthe Stamer, dass das Insolvenzverfahren von Petri und Eichen keinen Einfluss auf die Mittelverteilung auf Stadtteilebene hat. Aktuell ist die Behörde gemeinsam mit den Referatsleitungen im Amt für Soziale Dienste bezüglich der Abstimmung für die Ausschreibungen im Gespräch.

#### Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Märthe Stamer, Selin Arpaz, Hetav Tek, Dariush Hassanpour, Sabine Toben-Bergmann, Gerd Ziegler

#### Beschluss:

**Mittelverteilung für die stadtteilbezogene Offene Kinder- und Jugendarbeit sowie des Integrationsbudgets in der Stadtgemeinde Bremen für das Haushaltsjahr 2026**

1. Der Jugendhilfeausschuss stimmt der dargestellten Mittelverteilung für die stadtteilbezogene Offene Kinder- und Jugendarbeit zu.
2. Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Verteilvorschlag für Mittel aus dem Integrationsbudget für die offene Kinder- und Jugendarbeit zu.

Zustimmung: 5

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 7

**Tagesordnungspunkt 11**

**Verteilvorschlag Überregionale Mittel der Kinder- und Jugendförderung 2026**

Märthe Stamer führt in die Vorlage ein. Zudem verweist sie auf zwei eingegangene Stellungnahmen. Nach der ersten Vorlage hat der Sportgarten e.V. aufgrund der Nichtberücksichtigung des Angebotes der Medienbildung eine Stellungnahme eingereicht, die anschließend zu kontroversen Diskussionen in der AG gemäß § 78 SGB VIII Kinder- und Jugendförderung und der zweiten Beschlussvorlage geführt hat. Anschließend gab es eine weitere Stellungnahme der Naturfreudejugend, aufgrund der Nichtberücksichtigung einer Vielzahl an Angeboten mit dem neuen Verteilvorschlag

Selin Arpaz beantragt, die Beschlussfassung auszusetzen, da aufgrund der Stellungnahmen sowie der neuen Entwicklungen bezüglich der Anträge des Trägers Petri und Eichen (diese werden zurückgezogen) eine erneute Abstimmung und Antragsprüfung stattfinden muss.

Auf Nachfrage berichtet Sabine Toben-Bergmann als Vertretung der AG gemäß § 78 SGB VIII Kinder- und Jugendförderung von einer kontroversen Diskussion. Im ersten Verteilvorschlag wird das Medienprojekt im P5 nicht berücksichtigt, was vor dem Hintergrund der Wichtigkeit des Themas Digitalität in der offenen Kinder- und Jugendarbeit nicht getragen werden kann. Aufgrund dessen wurde der zweite Verteilvorschlag erbeten, der stringent dahingehend überarbeitet wurde, keine Neuanträge zu bewilligen, sondern bestehende Anträge in möglichst hoher Summe zu fördern. Dies wiederum hat zur Folge, dass Träger, die den Förderstrang im Rahmen von innovativen Projekten und nicht von bestehenden bedienen wollten, keine Förderung erhalten. Beide Vorschläge sind je nach Sichtweise schwierig und im Rahmen der AG gemäß § 78 SGB VIII Kinder- und Jugendförderung konnte kein Konsens erzielt werden. Eine Beratung im November bedeutet Planungsunsicherheit für die Träger, macht aber vor dem Hintergrund der neuesten Entwicklungen Sinn.

Märthe Stamer ergänzt zu dieser Nachfrage, dass eine fristgerechte Auszahlung umsetzbar ist, wenn eine Beschlussfassung im November stattfindet.

Entsprechend findet vor der weiteren Debatte die Beschlussfassung statt.

Beschluss:

Die Beschlussfassung wird auf den November vertagt. Es wird um die Erarbeitung eines neuen Vorschlags gebeten.

## **Verteilvorschlag Überregionale Mittel der Kinder- und Jugendförderung 2026**

Zustimmung: 12  
Gegenstimmen: 0  
Enthaltungen: 0

Im Rahmen der weiteren Debatte berichten Julia Zeilinger (Naturfreundejugend) und Tobias Müller (SoFa e.V.), dass der zweite Verteilvorschlag nicht den Förderrichtlinien in Gänze entspricht und die Auswirkungen für die kleineren Träger massiv sind, da sie einen Stellenabbau zur Folge hätten. Es wird darum gebeten, dass ein Verteilvorschlag auch die Trägervielfalt und die innovativen kleineren Projekte mitdenkt. Die Förderung nur von Anträgen aus dem letzten Jahr sei außerdem fehleranfällig, da es auch Träger gebe, die bereits mehrmals gefördert worden sind, jedoch im letzten Jahr andere Gelder akquirieren konnten und somit nicht auf diesen Förderstrang angewiesen waren.

Ruken Aytas betont die Wichtigkeit der Förderung von geschlechtergerechten Angeboten. Die Antragsvielfalt ist hier nicht groß, weshalb die eingegangenen Anträge zum Thema vollumfänglich gefördert werden sollten.

Hetav Tek bittet darum zu prüfen, inwieweit Synergieeffekte zwischen den Träger erreicht werden können, in dem gegebenenfalls Projekte zusammen gedacht werden und die Träger untereinander kooperieren.

Es folgt eine Debatte über die Auskömmlichkeit der offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Appell an die Abgeordneten im Rahmen der Haushaltsaufstellungen mehr Mittel einzuwerben.

Sahhanim Görgü-Philipp betont an dieser Stelle, dass sich die jugendpolitischen Sprecher:innen regelhaft für das Arbeitsfeld einsetzen und dies auch weiterhin tun werden, dafür bedarf es keinen Aufruf.

Es wird die Bitte an die Verwaltung formuliert einen weiteren Verteilvorschlag zu erarbeiten, der alle drei Komponenten (innovativ, bestehend und Trägervielfalt) mitdenkt.

### Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Märthe Stamer, Hetav Tek, Dariush Hassanpour, Eyfer Tunc, Linus Edwards, Felix Seidel, Gerd Ziegler, Tom Wicha, Ruken Aytas, Tobias Müller, Julia Zeilinger, Sabine Toben-Bergmann, Sahhanim Görgü-Philipp

## **Tagesordnungspunkt 12**

### **Sitzungstermine JHA 2026**

Im Rahmen der Debatte wird sich darauf verständigt, dass die Ausschüsse an einem Donnerstag immer um 15:30 Uhr beginnen.

Die LAG beantragt die Verlegung vom 17.04.2026 auf den 08.04.2026, damit der Ausschuss vor der Deputation für Soziales, Jugend und Integration stattfinden kann.

### **Sitzungstermine JHA 2026**

Über den neuen Beschlussvorschlag wird abgestimmt.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Selin Arpaz, Gerd Ziegler, Nicole Weiß

Beschluss:

A. Der Jugendhilfeausschuss stimmt den vorgeschlagenen Terminen mit Änderung der Aprilsitzung auf den 08.04.2026 und ohne die Alternative im Juni zu.

Zustimmung: 0

Gegenstimmen: 12

Enthaltungen: 0

B. Der Jugendhilfeausschuss stimmt den vorgeschlagenen Terminen mit Änderung der Aprilsitzung auf den 08.04.2026 und der genannten Alternative im Monat Juni zu.

Zustimmung: 12

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

### **Tagesordnungspunkt 13**

#### **Berichte der Verwaltung**

Sachstand IHTE und IHH

Cordula Breitenfeldt berichtet, dass die Arbeitsgruppe ab Oktober in die Arbeit einsteigen wird.

Auf Nachfrage von Steffi Lehmann nach dem Zeitplan vor dem Hintergrund der Anmeldezeit im Frühjahr 2026 wird ergänzt, dass es bezüglich der IHH-Maßnahmen eine Abstimmung mit dem Bildungsressort gibt und beim nächsten JHA erneut berichtet wird.

Einblick in die Ergebnisse der Diskussionsveranstaltungen mit Beiräten zur Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter

Felix Seidel berichtet von den Diskussionsveranstaltungen mit den Stadtteilbeiräten zum Vorschlag der Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter. Es wurden im Laufe der letzten drei Wochen Diskussionsveranstaltungen in allen Sozialzentrumsbereichen in Kooperation mit den Ortsämtern organisiert, zu denen alle interessierten Beiratsmitglieder der jeweiligen Stadtteile eingeladen waren. Die Diskussionsveranstaltungen wurden engagiert geführt und hatten zum Ziel den Vorschlag zur Gesetzesänderung der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration weiterzuentwickeln. Vor diesem Hintergrund können die Veranstaltungen bereits als Erfolg gewertet werden, da die Beiräte eine Vielzahl an Kommentierung und Vorschlägen in den Prozess eingebracht haben.

## **Berichte der Verwaltung**

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Beiräte das Vorhaben unterschiedlich bewerten. Die überwältigende Mehrheit der Beiräte hat Verständnis für die durch den Verwaltungsgerichtsbeschluss zur Praxis der sogenannten Sozialzentrumsleitungsersetzungsentscheidung manifest gewordene Handlungsnotwendigkeit. Es besteht im Grundsatz kein Interesse an Auszahlungsverzögerungen von Mitteln an freie Träger und der damit in Verbindung stehenden Planungsunsicherheit und Verunsicherung im Feld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Nichtsdestotrotz haben die Beiräte zum Ausdruck gebracht, dass sie an der Gestaltung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit partizipieren wollen. Deutlich wurde hierbei, dass der in Erarbeitung befindliche Planungszyklus in vielen Fällen erst durch die Vorstellungen und Erläuterungen während der Diskussionsveranstaltungen in Gänze greifbar wurde und an dieser Stelle noch Präzisierungsbedarf besteht, insbesondere was die Form der Repräsentation der Beiräte im entworfenen Planungsprozess betrifft, aber auch den erwarteten Arbeitsumfang. Deutlich wurde in den Veranstaltungen auch, dass ein Teil der Beiräte das vorgeschlagene Entfallen der konsensorientierten Entscheidungsfindung über die konkreten Mittelhöhen in den Gebieten kritisch sieht. Allerdings muss auch vermerkt werden, dass es Zuspruch in Bezug auf Verbindlichkeit, Frühzeitigkeit und grundsätzliche Ausrichtung der geplanten alternativen Beteiligung der unterschiedlichen Akteur:innengruppen gab.

Aufgabe der Behörde ist nun eine Zusammenführung der unterschiedlichen Ergebnisse der Diskussionsveranstaltungen und die Überarbeitung des Vorschlags. Ziel ist dabei eine größtmögliche Abbildung der Kritik und Kommentierungen der Beiräte bei gleichzeitigem Finden eines gangbaren sowie Rechts- und Handlungssicherheit herstellenden Weges für die zukünftige Planungs- und Entscheidungspraxis.

Hetav Tek fragt nach, ob sich in Bezug auf die Mittelverteilungs- und Entscheidungspraxis für 2026 bereits etwas abzeichnet.

Felix Seidel führt aus, dass, solange keine Gesetzesänderung beschlossen wurde, nach dem alten und bekannten Verfahren mitsamt den offenbar gewordenen Stolpersteinen verfahren werden muss. Den Ergebnissen der Beratungen der Controllingausschüsse in den Stadtteilen könne nicht vorweggegriffen werden. Sollte es hier nicht zu einem Konsens kommen, würde das bekannte Verfahren über die unterschiedlichen Instanzen zu durchlaufen sein.

### Ausblick auf Anträge auf Anerkennung als freier Träger der Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII

Märthe Stamer kündigt an, dass der Kitabereich des Bürgerhaus Obervieland (KIBO) einen Antrag gestellt hat ebenso wie das Bürgerhaus Obervieland.

### Bericht zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen aus dem Jugendbericht

Felix Seidel berichtet, dass die Erarbeitung einer Fördersystematik für die Jugendverbandsarbeit noch aussteht. Außerdem wurde das Rahmenkonzept der offenen Jugendarbeit noch nicht aktualisiert, allerdings würde dies praktischerweise erst Sinn machen, wenn die derzeit laufenden Prozesse miteingearbeitet werden können – sprich bearbeitet wurden. Ansonsten wurden die Handlungsempfehlungen bearbeitet. An dieser Stelle wird dieser regelhafte TOP in Erwartung des neuen Jugendberichtes im Dezember 2025 nicht erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

## **Tagesordnungspunkt 14**

<b>Verschiedenes</b>

### **Anhänge:**

Stellungnahme Sportgarten e.V.

Stellungnahme Naturfreundejugend

## Stellungnahme zu Verteilungsvorschlag Überregionale Mittel 2026

Bremen, 23.09.2026

Die Nfj Bremen befindet sich in einer besonderen Härtefallsituation: Unsere institutionelle Förderung über Jugendbildungsmittel reicht nicht annähernd aus, um eine tragfähige Infrastruktur und verlässliche Fachkraftstellen zu sichern.

**Projektmittel sind für uns keine „Extras“.** In vielen Einrichtungen dienen Projektmittel zur Erweiterung von Angeboten. Bei uns sind sie jedoch **existenzielle Grundlage**, um überhaupt eine Angebotsstruktur aufrechtzuerhalten. Ohne Projektmittel können wir keine kontinuierliche Jugendarbeit leisten. Damit wird das Recht auf Jugendarbeit nach **§ 11 SGB VIII** verletzt, das ausdrücklich eine *bedarfsgerechte Bereitstellung* verlangt.

**Personal ist ohne Projektmittel nicht haltbar.** Mit aktuell nur **25 Stunden auf zwei Jugendbildungsreferentinnen** aus Jugendbildungsstunden ist keine realistische Existenzsicherung möglich. Erst die Kombination mit Projektmitteln ermöglicht eine Ausstattung, die **arbeitsfähige Stellen** schafft. Ohne diese Mittel können wir die Pflicht zur Sicherstellung von Fachlichkeit und Qualität nicht erfüllen – entgegen **§ 79a SGB VIII** (Qualitätsentwicklung) und der Pflicht zur Finanzierung in **§ 74 SGB VIII**.

Für uns gilt: **Projektmittel sind keine Zusatzfinanzierung, sondern die Basis unserer Arbeit.** Ihr Wegfall 2026 würde nicht zu einer Reduktion führen, sondern zum **vollständigen Zusammenbruch der Angebotsstruktur und einer Personalstelle**. Damit wären junge Menschen von ihrem Recht auf Jugendarbeit ausgeschlossen, die Pflicht zur Sicherstellung nach **§ 79 Abs. 2 SGB VIII** verletzt und die Jugendhilfeplanung nach **§ 80 SGB VIII** nicht mehr gewährleistet.

Wir fordern eine **Übergangs-Stabilisierungslösung für 2026**, z. B. durch:

- eine befristete **ockelerhöhung der Jugendverbandsförderung**, oder
- einen **Härtefallfonds**, um die Projektmittel-Lücke zu schließen, oder
- die Bewilligung der Mittel aus den Überregionalen Mitteln

Nur so können wir die Kontinuität unserer Arbeit 2026 sichern bis die neue Finanzierungssystematiken für Jugendverbandsarbeit und offene Kinder- und Jugendarbeit umgesetzt werden können.

Mit freundlichen Grüßen,  
David Kostial, Julia Zeilinger, Lisa Sendzik

---

### Hausanschrift:

Naturfreundejugend Bremen  
Buchtrasse 14/15  
28195 Bremen

### Kontakt:

Tel.: 0421 326022  
Email: buero@die-buchte.de  
Web: bremen.naturfreundejugend.de  
Instagram: @naturfreundejugend\_diebuchte

Amtsgericht Bremen VR2291  
St.Nr.: 71 606 0208  
Bank: Postbank Hamburg  
IBAN: DE 37 2001 0020 0009 3972 03  
S.W.I.F.T.-Code: PBNKDEFF

## **Sparen um jeden Preis? – das P5 steht auf dem Spiel!**

Der Sportgarten e.V. betreibt im Postamt 5 (dem “P5”) seit Sommer 2020 eine zentral gelegene Skate- und Bewegungshalle und einen daran angeschlossenen Standort zur Medienbildung für Kinder und Jugendliche. Im P5 werden Konzepte der Medienbildung, die Förderung von Teilhabe und Demokratieverständnis für Kinder und Jugendliche ermöglicht und in der Kombination mit Sport- und Bewegungsangeboten aktiv erlebbar gemacht. Der Verein eröffnet mit diesem einzigartigen Paket Jugendlichen im P5 einen niedrigschwelligen Zugang zu digitaler Medienkompetenz und einer bewussteren Orientierung in einer sich ständig verändernden digitalen Welt. Ein selbstbewusster, kreativer und verantwortlicher Umgang mit den digitalen Möglichkeiten, sowie deren Einsatz, ist Bestandteil für künftige gesellschaftliche Teilhabe und damit auch für den demokratischen Bildungs- und Beteiligungsprozess wesentlich. Dieser präventive Ansatz ist gerade in der heutigen Zeit besonders hervorzuheben. Insbesondere die Verbindung von Sport und Medien ist dabei ein Alleinstellungsmerkmal in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und hat eine überregionale Anziehungskraft in Bremen. Die Angebote des Sportgartens stehen dabei grundsätzlich allen Bremer Kinder und Jugendlichen zur Nutzung offen, unabhängig von Statusgruppe, ethnischer Herkunft, kultureller und religiöser Prägung, Geschlecht oder Wohnort.

Der Verein Sportgarten e.V. hat das Projekt Postamt 5 in den vergangenen acht Jahren mit erheblichen Eigenmitteln und ehrenamtlichem Einsatz aufgebaut. Die Förderung aus dem öffentlichen Förderstrang „Bewegung/stationäres Angebot“ reicht dabei bei weitem nicht aus, um den Betrieb der Einrichtung zu decken. Um das Angebot für Kinder und Jugendliche dennoch zu ermöglichen, wurde seit Sommer 2020 die medienpädagogische und stadtteilübergreifende Arbeit des Vereins aus Mitteln der stadtteilübergreifenden Offenen Jugendarbeit gefördert. Diese Förderung hat dazu beigetragen den Standort P5 zu sichern und das Thema Medienbildung und Sport in der Jugendarbeit weiterzuentwickeln. Ein Prozess, der so auch 2026 fortgesetzt werden sollte.

Demzufolge hat der Sportgarten e.V. am 15.08.2025 für das kommende Jahr erneut einen Antrag zur Förderung überregionaler Projekte im Bereich Kultur, Gesellschaft, Medien i.H.v. 49.259,18 € gestellt. Diese Mittel beinhalten anteilig Personalausgaben, Honorarkosten und Bewirtschaftungskosten. Für das Jahr 2026 sieht der Verteilvorschlag der Förderung überregionaler Angebote in der Kinder- und Jugendförderung des AfSD eine **restlose Streichung dieser Mittel für den Sportgarten e.V. vor.**

Von den beantragten Mitteln beziehen sich 35.939,18 € auf anteilige Personalkosten (20 Std.). Der eingesetzte Medienpädagoge ist ein qualifizierter Informationstechniker, der maßgeblich am Aufbau der digitalen Infrastrukturen im P5 beteiligt war. Er ist zusätzlich zu seinen Aufgaben im Bereich der Angebote auch für die Systemadministration des Sportgartens zuständig. Weiter ist er maßgeblich im Rahmen des Digi4OJA Prozesses der senatorischen Behörde für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration im Bereich der Digitalisierungsstrategie in der Jugendarbeit betraut. Dieser Mitarbeiter, dessen originäre Aufgabe die Weiterentwicklung der Digitalisierung in der Offenen Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit in der Stadt Bremen ist, verliert mit der Streichung der o.g. Fördermittel die Finanzierungsgrundlage seiner Stelle beim Sportgarten e.V.

Auch im Jahr 2026 ist der Verein weiterhin maßgeblich auf die beantragten Fördermittel zur anteiligen Deckung der Personalkosten, Bewirtschaftungskosten und Honorarkosten angewiesen. Ohne diese Mittel ist ein Weiterbetrieb des Standortes in der Kombination von Sport und Medien (finanziell und konzeptionell) nicht mehr leistbar. Damit einhergehend würde es 2026 zu Personalabbau beim Sportgarten e.V., Streichung von zielgruppenspezifischen Angeboten für Kinder und Jugendliche (Medien AGs, offene Angebote, Sport- und Bewegungsangebote), dem Wegfall von kooperationsbedingten Angeboten (Fablab, Theater11, Martinsclub, Servicebureau, Schulen u.w.) und einer großen Lücke in der Angebotsvielfalt der Trägerlandschaft der offenen Kinder- und Jugendarbeit kommen. Ebenso wären die seit 2023 verausgabten Mittel in Höhe von rd. 40.000,00 € für die digitale Ausstattung im Rahmen der Digitalisierungsstrategie obsolet, da dann kein Standort zur Nutzung dieser Ausstattung mehr zur Verfügung stehen würde.

Wir bitten daher die Delegierten des JHA um eine geänderte BV für den Förderstrang B (Medien, Umwelt, Mobilität) und die Aufnahme des P5 Medienbereiches in die Förderung Absicherung des Angebotes im Postamt 5. Nach Jahren des Engagements für dieses Projekt stößt die restlose Streichung der Mittel für den Medienbereich beim Sportgarten e.V. auf grundlegendes Unverständnis und Betroffenheit. Der Sportgarten bittet daher, trotz angespannter Haushaltslage und Konsolidierungsvorhaben, ein klares Bekenntnis zu einer diversifizierten Angebotslandschaft in der offenen Kinder und Jugendarbeit und ein „Ja“ zu Medien und Sport im P5!

Bremen, 16.09.2025



Tom Wicha  
Vorstand Sportgarten e.V.

